

## **Interview im Deutschlandradio „Kultur“ vom 17. Dezember 2010**

### **Neuregelungen zu Hartz IV**

mit Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB, Berlin

#### **Deutschlandradio Kultur**

Der Städte- und Gemeindebund ist mittendrin in der Hartz-IV-Debatte, hat Forderungen, hat Erwartungen, will sich für die Bürger kümmern. Welche Erwartungen er nun an den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat, wollen wir vom Hauptgeschäftsführer, Gerd Landsberg erfahren.

Guten Tag, Herr Landsberg

#### **Dr. Landsberg**

Guten Tag!

#### **Deutschlandradio Kultur**

Zunächst einmal, welche Ausgaben kämen denn auf die Kommunen zu, wenn die Neuregelungen relativ unverändert den Vermittlungsausschuss passieren?

#### **Dr. Landsberg**

Wohl unmittelbar durch die Neuregelungen eigentlich erst einmal keine. Man muss aber wissen, dass mit der Gesetzgebung der Bund noch einige andere Maßnahmen beschlossen hat. So soll etwa die Heizkostenpauschale, das Wohnkindergeld und die Rentenversicherung für die Erwerbslosen gestrichen werden. Und das würde bedeuten, dass die Kommunen nach unseren Schätzungen pro Jahr 300 Mio. Euro zusätzliche Belastungen haben. Und da erwarten wir von den Ländern jetzt im Vermittlungsverfahren, dass sie zu ihren Kommunen stehen und für eine Kompensation sorgen.

#### **Deutschlandradio Kultur**

Worauf gründet denn Ihre Hoffnung, dass die Länder zu den Kommunen stehen?

#### **Dr. Landsberg**

Die Kommunen sind Bestandteile der Länder und wir hören ja landauf und landab, dass gerade die Länder die Finanznot der Kommunen erkannt haben und ihnen helfen wollen. So gibt es z.B. Entschuldungsfonds. Ich glaube schon, dass die Länder ein hohes Interesse daran haben müssen. Das ist vielleicht wichtiger, als die großen politischen Forderungen, die im Übrigen dort noch aufgestellt worden sind.

#### **Deutschlandradio Kultur**

Der Bund ist ja nicht der Feind im eigenen Lager. Weshalb macht er sich einen so schlanken Fuß auf Kosten der Kommunen, der Länder und am Ende der Bürger?

### **Dr. Landsberg**

Also, ich würde auch sagen, das ist so nicht ganz richtig. Man kann natürlich schon darüber nachdenken, ob die Heizkostenpauschale erhalten bleiben muss. Die ist in einer Zeit geschaffen worden, in der die Heizkosten immens hoch waren, deutlich höher als heute. Der Bund steht auch unter dem Spardruck. Und das ist das alte Spiel. Jeder versucht nach Möglichkeit in die Tasche des anderen zu buchen. Trotzdem sagen wir: Den Grundansatz, also die Erhöhung des Regelsatzes um 5,00 Euro und das Bildungspaket für Kinder, den halten wir schon für wichtig.

### **Deutschlandradio Kultur**

Apropos Bildungspaket für Kinder: Davon war vorhin die Rede. Die Rede, die Kommunen sollen eingebunden werden, wie hätten Sie es denn gerne?

### **Dr. Landsberg**

Die beste Lösung wäre, die Jobcenter würden sagen, die Kommunen werden beauftragt und setzen das um. Denn natürlich weiß die Kommune, welche Vereine gibt es. Das Jugendamt weiß dann, wo Jugendliche einen guten Sportverein finden können, oder auch eine Musikschule. Der günstigste Weg wäre dabei sogar eine Pauschalierung, das heißt, bisher ist vorgesehen: Entweder macht das das Jobcenter selber, oder es beauftragt die Kommune. Aber es wird immer in jedem Einzelfall abgerechnet. Der Bund fände es natürlich sehr viel angenehmer, wenn man sagen würde, es gibt soundsoviele Kinder im Hartz-IV-Bezug in der Kommune X, pro Kind wird ein Betrag festgesetzt - der steht ja letztlich jetzt auch fest - und dann könnten wir das auch organisieren. Ich befürchte aber, das wird nicht kommen. Da gibt es rechtliche Bedenken, ob das den Anforderungen des Verfassungsgerichts entspricht.

### **Deutschlandradio Kultur**

Ja, das kann man ja ändern oder beantragen.

### **Dr. Landsberg**

Ja, man kann das beantragen. Das ist ja auch ein Punkt, den die Länder im Bundesrat geltend gemacht haben. Und da sind wir an ihrer Seite. Die Pauschalierung wäre der beste Weg. Zur Kritik, das haben Sie ja auch deutlich gemacht, da müssten jetzt tausend Stellen geschaffen werden, muss man fairerweise sagen, dass es hier um 2,3 Mio. Kinder in einem Bereich geht, in der die Jobcenter überhaupt keine Erfahrung haben. Der Betrag – es sind ja 750 Mio. Euro die bereit gestellt werden, davon 6 % für die Verwaltung - das ist eigentlich ein normaler Vorgang. Es muss ja auch jemand die Anträge entgegennehmen, schauen, ist es der richtige Verein und es muss abgerechnet werden. Also ganz ohne Bürokratie geht so etwas nicht.

### **Deutschlandradio Kultur**

Dankeschön, Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte und Gemeindebundes. Erste Meinungen zur Neuregelungen von Hartz-IV, die heute im Vermittlungsausschuss gelandet sind. Derselbe hat nur Arbeitspunkte geregelt, trifft sich am Montag wieder und dann ist Zeit zum Handeln.

Schönen Dank, Herr Landsberg, für das Gespräch.